

POLITIK

## Rathaus-Frage spaltet die Stadt in zwei Lager

22.02.2016, 21:00 | Lesedauer: 4 Minuten

Stefan Scherer



Das Bürgerbegehren zielt darauf ab, dass die neue zentralisierte Verwaltung inklusive Bürgerbüro, VHS, Musikschule und Stadtbücherei auf dem Grundstück Moltkestraße 24 errichtet werden soll. Die Verwaltung hat die Prüfung der Sach- und Rechtslage bislang noch nicht abgeschlossen.

Foto: WR

**SCHWELM.** Die kontroversen Diskussionen sind längst aus dem politischen Raum an die Kaffeetische und Tresen der Stadt Schwelm geschwappt: Derzeit tun sich zwei Lager auf. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die den Ratsbeschluss vom 26. Januar befürworten, die neue Zentralverwaltung in der Gustav-Heinemann-Schule unterzubringen, auf der anderen Seite diejenigen, die den Initiatoren des möglichen Bürgerbegehrens applaudieren, die einen Neubau an der Moltkestraße erwirken wollen.

### Die Linke befürwortet das Begehren

Die Abwägung, die stets im Zentrum aller Überlegungen steht, ist die gleiche, die bereits einen breiten Ratsbeschluss verhindert hat, weil die Meinungen in den einzelnen Fraktionen zu weit auseinander lagen. Entweder die Kosten stehen im Vordergrund, dann kommt laut der bisher geschätzten Zahlen nur die Gustav-Heinemann-Schule in Betracht. Dem gegenüber steht die

Forderung, dass die Lage so zentral wie möglich sein soll und nicht mit einem zweiten Standort eines Bürgerbüros operiert werden soll.

Nachdem sich alle anderen Fraktionen bereits zum Bürgerbegehren geäußert haben, melden sich nun auch die Linken zu Wort, deren Fraktionsvorsitzender Jürgen Feldmann seinerzeit wegen eines Umzugs nicht erreichbar war. Der Ortsverband der Linken begrüßt das Bürgerbegehren, das Norbert Mese, Dr. Ilona Kryl und Rainer Zachow auf den Weg bringen wollen, ausdrücklich. Ortsverbandssprecher Jürgen Senge: „Wer die Bürgerversammlung im Dezember vergangenen Jahres zur Frage des Standorts für ein neues Rathaus besucht hat, weiß, dass sich dort die meisten Anwesenden in ihren Fragen und vorgetragenen Argumenten für den Neubau eines Rathauses im Bereich Moltkestraße/Schillerstraße wegen der zentralen Lage ausgesprochen haben.“ Das sehen die Befürworter der Alternative an der Gustav-Heinemann-Schule jedoch anders und betonen stets, dass die dort Anwesenden wegen ihrer überwiegend klaren Zuordnung zu politischen Lagern kein repräsentatives Bild der Schwelmer Bevölkerung abgegeben hätten.

## **Noch offene juristische Fragen**

Linken-Sprecherin Susan Grabinski: „Unabhängig wie dieses Bürgerbegehren ausgehen sollte, ist es die Möglichkeit für die Bürger, in dieser wesentlichen Frage eigenständig zu entscheiden, wo sie ihr Rathaus gebaut haben wollen.“ Daher ruft die Linke bereits jetzt alle auf, sich an dem Bürgerbegehren aktiv zu beteiligen.

Ob es jedoch überhaupt zur Abstimmung kommt, ist hingegen noch nicht klar. Die Stadtverwaltung hat die Sach- und Rechtslage bisher noch nicht abschließend geklärt. „Es sind noch ein, zwei Fragen offen“, sagt der 1. Beigeordnete, Ralf Schweinsberg, auf Nachfrage dieser Zeitung. Diese Fragen sollen aber kurzfristig geklärt werden.

## **Planungen laufen parallel weiter**

Sollte formal alles korrekt sein, wird die Stadtverwaltung eine Kostenschätzung der Maßnahme, die das Begehren fordert, aufstellen und die Antragssteller rechtlich begleiten. Die Frage, die den Schwelmern bei einem möglichen Bürgerentscheid gestellt werden soll, lautet: „Soll sich der zukünftige Sitz einer zentralisierten Schwelmer Stadtverwaltung (neues Rathaus) einschließlich Bürgerbüro, VHS, Musikschule und Stadtbücherei am Standort des heutigen Verwaltungsgebäudes II und des Bürgerbüros in der Moltkestraße 24 (angrenzend an die Schillerstraße) befinden?“

So lange die Schwelmer diese Frage nicht mehrheitlich mit „Ja“ beantwortet haben, laufen die Planungen zur Umsetzung des Ratsbeschlusses pro Gustav-Heinemann-Schule parallel zum Bürgerbegehren weiter, wie Ralf Schweinsberg nun den Politikern des Hauptausschusses mitteilte. Eine Arbeitsgruppe ist gegründet, die Projektleitung obliegt Thomas Striebeck, Leiter des städtischen Immobilienmanagements. Aktuell lässt sich die Stadt juristisch beraten, welche vergaberechtlichen Schritte sie zu beachten hat. Außerdem berät eine Architektin die

Verwaltung, welche unterschiedlichen Möglichkeiten es gibt, Wettbewerbe zur Rathausgestaltung zu initiieren.

**JETZT DEN ERSTEN KOMMENTAR SCHREIBEN >**

Mehr Artikel aus dieser Rubrik gibt's hier: [Ennepetal](#) / [Gevelsberg](#) / [Schwelm](#)

---

LESERKOMMENTARE (0)

**KOMMENTAR SCHREIBEN >**

---

>